

## Aus dem Plenum

Mit 32 Punkten war die Tagesordnung der drei Plenarsitzungen im November gut



gefüllt. Donnerstagfrüh gab Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) eine Regie-

erklärung zur Reform der Landesverwaltung ab, an die sich eine intensive Diskussion

anschloss. Zahlreiche Gesetzesentwürfe standen zur Diskussion. Verabschiedet wurde

das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer UVP-Gesetzes, in dem es um Regelungen zur Umweltverträglichkeitsprüfung geht. In zweiter Lesung wurden das Fünfte Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen und das Dritte Gesetz zur Änderung der Thüringer Landeshaushaltsordnung sowie das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Straßengesetzes beraten. Alle drei Gesetzesentwürfe erhielten nicht die erforderliche Mehrheit. Eingbracht wurden sieben Gesetzesentwürfe, u.a. das Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes, das Gesetz zur Änderung des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Vorschriften des

öffentlichen Rechts sowie das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes. Außerdem eine Reihe von Wahlen auf der Tagesordnung. So wurde der Erfurter Dr. Kurt Herzberg zum Bürgerbeauftragten und der Pfarrer Christian Dietrich zum Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur gewählt und danach sofort ernannt. Die Abgeordnete Katharina König wurde neue stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses 5/1. Videos und Protokolle der Sitzung sind unter Plenum Online auf der Internetseite des Thüringer Landtags ([www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de)) abrufbar.

## 75. Jahrestag der Reichspogromnacht

**Diezel: „Wir müssen die Ereignisse im Gedächtnis bewahren“**

Anlässlich des 75. Jahrestags erinnerten die Thüringer Landesregierung und der Thüringer Landtag am 8. November 2013 mit einer Gedenkstunde im Marmorsaal des Thüringer Landesverwaltungsamts in Weimar an die Reichspogromnacht.

Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) erklärte „Als am 9. November 1938 überall in Deutschland die Synagogen brannten, erreichte der staatlich organisierte Terror gegen die jüdisch-deutsche Bevölkerung einen neuen tragischen Tiefpunkt. Mehr als die Hälfte aller Gebetshäuser in Deutschland wurden stark beschädigt oder ganz zerstört. Über 1.300 Menschen starben in Folge der Ausschreitungen. Auch in Thüringen standen Synagogen in Flammen: in Gotha, Eisenach,

Meiningen, Nordhausen, Erfurt, Arnstadt, Suhl und weiteren Orten.“



Der 9. November 1938 sei als Fanal einer brutalen Ausgrenzung in das kollektive Ge-

dächtnis unseres Landes eingegangen, so Frau Diezel. Die offen antisemitische Politik

der Nationalsozialisten sei in einer kollektiven Psychose aufgegangen, die keinen Raum für

demokratische Werte und ein tolerantes Miteinander ließ. „Die Intoleranz der Nationalsozialisten sollte für Millionen Menschen in ganz Europa tödliche Folgen haben. Wir tun gut daran, die Reihe der Ereignisse in Erinnerung zu behalten – die brennenden Bücher, die brennenden Synagogen und schließlich das brennende Europa. Wir müssen die Ereignisse im Gedächtnis bewahren, weil ihnen eine bleibende Verpflichtung innewohnt.“

Neben Landtagspräsidentin Birgit Diezel sprachen Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und Professor Reinhard Schramm, Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, zu den Teilnehmern. Die Gedenkrede hielt Adriana Altaras, Schauspielerinnen und Theaterregisseurin.

## Kurz gemeldet

Landtagspräsidentin Birgit Diezel nahm am 6. November 2013 an der Verleihung des Thüringer Verdienstordens an Dr. Nike Wagner in der Thüringer Staatskanzlei teil. +++ Am 9. November 2013 jährte sich der Fall der Berliner Mauer zum 24. Mal. „Der 9. November 1989 war der Anfang vom Ende der DDR“, erinnerte Landtagspräsidentin Birgit Diezel an jene historischen Novembertage. +++ Am 19. November 2013 war die Botschafterin Boliviens, I.E. Elizabeth Cristina Salguero Carrillo, im Thüringer Landtag zu Gast. Empfangen wurde sie durch Landtagsvizepräsidentin Franka Hitzing. +++ Zum traditionellen Empfang des Bistums Erfurt am Elisabeth-Tag waren neben Politikern auch Vertreter der Gerichte, des Gemeinde- und Städtebundes, des Landkreistags, der Verbände der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Bundeswehr eingeladen. +++ Am 15. November 2013 fand im Thüringer Landtag ein Europäisches Jugendforum unter dem Motto „Alles geregelt in Europa? – Wir als Verbraucher im Europäischen Binnenmarkt“ statt, an dem rund 80 Schülerinnen und Schüler aus Gotha und Jena teilnahmen. +++ Im Anschluss an die Plenarsitzung am 20. November 2013 fand ein Parlamentarischer Abend des Landessportbundes Thüringen statt. Gemäß dem Motto „Sport und Politik im Dialog“ ließen die Vertreter des Thüringer Sports mit den Abgeordneten das zu Ende gehende, ereignisreiche Sportjahr Revue passieren und warfen einen Blick auf die bevorstehenden Sport-Events.

## Die Landesbeauftragten

Der Bürgerbeauftragte  
des Freistaats Thüringen  
www.bueb.thueringen.de  
Tel.: 0361 37 71871  
Fax: 0361 37 71872  
Mail: buergerbeauftragte@  
landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter  
für den Datenschutz und die  
Informationsfreiheit  
www.tlfdi.de  
Tel.: 0361 37 71900  
Fax: 0361 37 71904  
Mail: poststelle@datenschutz.  
thueringen.de

Landesbeauftragter des  
Freistaats Thüringen zur  
Aufarbeitung der  
SED-Diktatur (ThLA)  
www.thueringen.de/tlstu  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: tlstu@t-online.de

### IMPRESSUM



#### Herausgeber:

Thüringer Landtag  
Pressestelle  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

#### Redaktion:

Dr. Detlef Baer

#### Satz und Layout:

Ines Born

#### Druck:

Druckhaus Gera

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die  
Fraktionen und Beauftragten verant-  
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint  
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl  
über den Postweg als auch per  
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006  
Fax: 0361 37 72004  
pressestelle@landtag.thueringen.de  
www.thueringer-landtag.de



## Der Bürgerbeauftragte

### Neuer Bürgerbeauftragter gewählt

Nachdem die Amtszeit von  
Silvia Liebaug am 21. Juni en-  
dete und die Dienstgeschäfte  
seither von der Stellvertre-  
terin, Dr. Anne Debus, ge-  
führt wurden, hat der  
Thüringer Landtag in  
seiner Sitzung am 21.  
November 2013 Dr. Kurt  
Herzberg zum neuen  
Bürgerbeauftragten des  
Freistaats Thüringen ge-  
wählt.

Dr. Herzberg wurde im  
Jahre 1965 in Gernrode  
(Eichsfeld) geboren. Von  
1988 bis 1994 studierte  
er in Erfurt und Bamberg  
Theologie, Psychologie und  
Kommunikationswissenschaf-  
ten und promovierte 1998 an

der Universität Bamberg in  
Theologie. Schon während der  
Promotion war er als Referent  
in der Familienarbeit des Bis-



tums Erfurt tätig. Seit 1997 war  
Dr. Herzberg Landesgeschäftsführer des Familienbundes der

Katholiken in Thüringen. Er  
konnte in dieser Zeit vielfach  
Erfahrungen in der Arbeit mit  
Familien sammeln und trat zu-  
gleich fachpolitisch und  
praktisch für die Anliegen  
von Familien ein. Dr.  
Herzberg ist verheiratet  
und hat drei Kinder.

Nach seiner Wahl wurde  
Dr. Herzberg von der Prä-  
sidentin des Thüringer  
Landtags, Birgit Diezel,  
vor dem Landtag ver-  
pflichtet, sein Amt ge-  
recht und unparteiisch  
zu führen, das Grundge-  
setz und die Verfassung  
des Freistaats Thüringen sowie  
die Gesetze zu wahren und zu  
verteidigen.

## Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) ab 1. Januar 2014

Die elektronische Gesundheits-  
karte (eGK) sollte im Bereich  
der gesetzlichen Krankenversi-  
cherung die Krankenversi-  
cherungskarte bis spätestens zum  
1. Januar 2006 ablösen (§ 291a  
Abs. 1 SGB V). Acht Jahre später,  
also zum 1. Januar 2014, wird die  
eGK nun eingeführt. Nicht nur  
die Datenschutzbeauftragten  
von Bund und Länder forder-  
ten eine datenschutzgerechte  
Gestaltung der eGK ein. Im Mai  
2012 warnte bspw. auch der 115.  
Deutsche Bundesärztekongress  
in seiner Entschließung zur eGK  
vor jeder Form des Sammelns  
einer großen Anzahl medizi-  
nischer Daten von Menschen  
in zentralen Serverstrukturen  
(www.bundesaerztekammer.  
de). Die eGK ist mit einem Mi-  
kroprozessor ausgestattet, auf  
dem neben den Versicherten-

stammdaten verschiedene  
Gesundheitsdaten gespeichert  
werden können. Man unter-  
scheidet zwischen Pflichtan-  
wendungen (bspw. Übermitt-  
lung der Versichertenstamm-  
daten mit der elektronischen  
Gesundheitskarte) und frei-  
willigen Anwendungen (bspw.  
dem elektronischen Arztbrief  
oder der elektronischen Pati-  
entenakte). Da das Verarbeiten  
und Nutzen von medizinischen  
Daten mittels der elektroni-  
schen Gesundheitskarte i. d.  
R. nur mit dem Einverständnis  
der Versicherten zulässig ist, ist  
die Gesundheitskarte mit einer  
PIN geschützt, um so die Auto-  
risierung des Versicherten si-  
cherzustellen. Eine Ausnahme  
bilden die Notfalldaten, bei der  
keine PIN-Eingabe erforderlich  
ist.

Zugriff auf die Daten sollen per  
Gesetz neben dem Versicherer  
die Ärzte, Zahnärzte, Apotheker,  
sonstiges pharmazeutisches  
Personal und das sie unterstüt-  
zende Apothekenpersonal, in  
Notfällen auch Angehörige ei-  
nes anderen Heilberufs haben.  
Der Zugriff auf die gespeicher-  
ten medizinischen Daten darf  
nur in Verbindung mit einem  
elektronischen Heilberufsaus-  
weis bzw. entsprechenden Be-  
rufsausweis erfolgen.  
Betroffen sind der Einführung  
der eGK mit ca. 70 Millionen  
gesetzlich Versicherte, 127.000  
niedergelassene Ärzte, 65.000  
Zahnärzte, 2.200 Krankenhäuser,  
21.000 Apotheken und 300  
gesetzliche und private Kran-  
kenversicherungen. Der TlFDI  
wird die Einführung der eGK  
weiter kritisch begleiten.

## Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

### Thüringer Landtag wählte am 21. November 2013 Christian Dietrich zum neuen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

#### Biographisches

**1965** in Jena geboren,  
verheiratet, vier Kinder  
**1982** staatliches Schulverbot  
**1983** Ausreiseantrag  
**1985** Abitur am kirchlichen  
Proseminar Naumburg  
Leiter Friedensarbeitskreis  
Naumburg, Mitbegründer  
Arbeitskreis Solidarische Kirche  
**1988** Umzug nach Leipzig  
Demokratische Initiative,  
Organisation mehrerer  
Demonstrationen, Herausgabe  
Samisdatzeitschriften  
**1989** Naumburg (Saale): Ge-  
schäftsführer Demokratischer

Aufbruch, Leitungskreis Neues  
Forum, Ausschuss zur Unter-  
suchung von Amtsmissbrauch  
und Korruption  
**1991** Gründung „Archiv Bürger-  
bewegung Leipzig“  
**seit 2000** Pfarrer in Nohra  
Christian Dietrich erhielt keine  
Zulassung zum Abitur, weshalb  
er das Kirchliche Proseminar  
Naumburg besuchte. Danach  
verrichtete er verschiedene  
Gelegenheitsarbeiten und war  
Gaststudent. Er übernahm au-  
ßerdem auch die Leitung ver-  
schiedener oppositioneller Ar-  
beitskreise und war Herausge-

ber verschiedener Samisdatpu-  
blikationen. Im Herbst 1988 zog  
er nach Leipzig. Hier widmete  
er sich der Entwicklung von  
öffentlichkeitswirksamen Pro-  
testaktionen, unter anderem  
organisierte er die (Montags-)  
Demonstration am 4. Sep-  
tember 1989 in Leipzig mit.  
Ab Oktober 1989 studierte er  
Theologie in Naumburg. Er war  
Geschäftsführer des Demo-  
kratischen Aufbruchs im Kreis  
Naumburg. 1991 war er Mitbe-  
gründer und Vorstand des „Ar-  
chivs Bürgerbewegung“ und  
der Stiftung „Runder Tisch“.